# افغانستان آزاد ــ آزاد افغانستان

# AA-AA

اد بدین بوم و بر زنده یک تن مسباد ایم از آن به که کشور به دشمن دهیم

چو کشور نباشد تن من مبساد همه سر به سر تن به کشتن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Von Thomas Berger 30.01.2021

# Vorbild Straße

Indiens parteipolitische Opposition steckt in einer Langzeitkrise. Derzeit bieten nur Bauern- und Gewerkschaftsbewegungen der rechten BJP-Regierung Paroli



#### Adnan Abidi / Reuters

Auf den Fersen. Entschlossene Opposition gegen Modi und seine Hindu-Nationalisten kommt in Indien derzeit von der Straße, nicht aus den Parlamenten (Szene von den Bauernprotesten am 26.1.2021 in Neu-Delhi)

Thomas Berger schrieb an dieser Stelle zuletzt am <u>27. November 2020</u> über die Protestbewegung in Thailand.

Die großen Bauernproteste in Indien, von denen selbst hierzulande wenigstens rund um Weihnachten Notiz genommen wurde, halten an. Dabei hat der Oberste Gerichtshof des Landes am 12. Januar ein Urteil gefällt, mit dem das im Vorjahr vom Parlament beschlossene Paket von drei neuen Agrargesetzen außer Kraft gesetzt wurde. Doch die Reform ist mit dem Urteil nicht vom Tisch, weswegen etliche Zehntausend Aktivisten weiter in der Januarkälte am Rande von Delhi ausharren und am Dienstag, dem Tag der Republik, zum Teil bis ins Zentrum der Hauptstadt vorstießen. Die Gesetze wurden von der höchsten juristischen Autorität nicht per se als illegal eingestuft, sondern nur wegen Bedenken vorläufig außer Kraft gesetzt. Die endgültige Klärung des Sachverhalts steht noch aus – deshalb wollen die Protestierenden nicht weichen. Am zurückliegenden Wochenende wiesen die Sprecher des Protestbündnisses einmal mehr einen Kompromissvorschlag der Regierung zurück. Die hatte angeboten, die Reform für 18 Monate auf Eis zu legen. Die Sorge allerdings, die Öffnung des bisher zu weiten Teilen staatlich kontrollierten Agrarmarktes zum Nutzen der

Großkonzerne – nichts anderes besagen die drei Gesetze im Kern – könnte dann immer noch kommen und die weitgehende Abschaffung bisher garantierter Mindestpreise zur Bedrohung der eigenen wirtschaftlichen Existenz werden, sitzt so tief, dass eine Einigung mit den Emissären von Premier Narendra Modi vorerst nicht in Sicht ist.

Für die nun seit ihrem Wahlsieg im Mai 2014 regierenden Hindu-Nationalisten der Bharatiya Janata Party (BJP), die seither in Indien beinahe überall zur dominierenden politischen Kraft geworden ist, stellen sich ausgerechnet die schon mehrere Monate andauernden aktuellen Bauernproteste als bislang mächtigste Gegenwehr gegen ihren Herrschaftsanspruch heraus. Die Ausrichtung der BJP ist klar neoliberal in ihrer ökonomischen Agenda und gesellschaftlich ultrakonservativ bzw. reaktionär. Dagegen kommt es seit ein paar Jahren zu Streikbewegungen in einer Intensität und Häufigkeit, wie sie der Subkontinent zuvor selten erlebt hat. Mehrfach brachten Generalstreiks das öffentliche Leben in etlichen Regionen fast komplett zum Erliegen. Jeweils etwa 250 Millionen Beteiligte gab es am 8. Januar und am 26. November 2020. Zwischendurch kam es immer wieder zu Branchenstreiks – oft mit einer solchen Strahlkraft, dass sich Menschen in anderen Bereichen zu Aktionen der Solidarität ermuntert sahen.

Der enorme Zusammenhalt zwischen prekär Beschäftigten im gesamtwirtschaftlich dominierenden »informellen Sektor«, den üblicherweise leidlich entlohnten Angestellten staatlicher Institutionen und dem akademisch-studentischen Milieu ist in dieser Form eine relativ neue Qualität. Vorneweg marschieren dabei die großen Gewerkschaftsverbände. Davon gibt es in Indien eine Vielzahl – einige sind recht deutlich an eine der größeren politischen Kräfte (vor allem an eine der beiden kommunistischen Parteien und an die traditionsreiche Kongresspartei) gebunden, andere unabhängig sozialistisch bis linksliberal ausgerichtet. Sogar der eigene Gewerkschaftsbund der BJP war hin und wieder schon bei gemeinsamen Aktionen dabei, wenn die Regierung bei einzelnen Vorstößen gegen gewerkschaftliche Selbstorganisation oder bestimmte Arbeitergrundrechte auch aus der Sicht dieser Gewerkschaften den Bogen überspannte, so dass die Interessenvertretung der Mitglieder über ideologische Loyalität siegte. Damit entfaltet die außerparlamentarische Bewegung auf der Straße inzwischen eine Gegenwehr gegen den allumfassenden Machtanspruch der BJP, von der die etablierte parteipolitische Opposition zuletzt nur träumen konnte.

#### Bündnisexperimente

Es ist nunmehr 25 Jahre her, seit in Delhi die Vereinigte Front (englisch: United Front), eine breite Allianz von linken Kräften und einflussreichen Regionalparteien, erstmals an die Macht gelangte. Die Wahlen vom April und Mai 1996 hatten ein Parlament ohne klare Mehrheiten hervorgebracht, in dem drei nahezu unversöhnlich scheinende Blöcke dominierten. Erstmals war seinerzeit die heute regierende BJP knapp zur stärksten Kraft geworden. Die Hindu-Nationalisten schafften es, die aus der führenden Kraft der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangene, über Jahrzehnte dominierende und nun verknöchert wirkende »Staatspartei« Indischer Nationalkongress (INC) mit 161 zu 140 Sitzen zu übertrumpfen. Beide waren aber von einer regierungsfähigen Mehrheit in der 543 Abgeordnete umfassenden Lok Sabha, dem Unterhaus des indischen Parlaments, weit entfernt. Der dem »liberalen« Flügel zugerechnete BJP-Frontmann Atal Bihari Vajpayee (1924–2018), der ab 1999 schließlich zum Premier werden sollte, trat nur wenige Tage nach dem Mandat zur Regierungsbildung erfolglos zurück, weil er keine ausreichend große Koalition zu schmieden vermochte. Der de facto abgewählte INC als nächstgrößere Partei schlug gleich jedes Ansinnen aus, es selbst zu versuchen. Um wiederum die BJP auf Distanz zu halten, erging aber das Angebot, eine Regierung der United Front von außen zu unterstützen

Der südindische Politiker H. D. Deve Gowda, zuvor Chefminister seines Heimatstaates Karnataka und einer der führenden Köpfe der sozialdemokratischen Janata Dal (JD), wurde etwas überraschend am 1. Juni 1996 als elfter indischer Premier vereidigt, konnte sich aber am Ende nicht einmal ein ganzes Jahr im Amt halten. Beim INC in Ungnade gefallen, wurde er im April 1997 von Inder Kumar Gujral (1919–2012) abgelöst, der zunächst ein besseres Verhältnis zum ungeliebten Tolerierungspartner im Hintergrund hatte, aber noch weniger als Deve Gowda über eine echte »Hausmacht« in der regierenden Koalition verfügte. Das ganze Experiment währte keine zwei Jahre. Bereits im November 1997 entzog der INC Gujral und seiner Koalition die Unterstützung, der Premier blieb lediglich bis nach den vorgezogenen Neuwahlen im folgenden März noch geschäftsführend im Amt.

Der Blick ein Vierteljahrhundert zurück lohnt aus mehreren Gründen: Zumindest für eine Weile schaffte es damals ein wirklich alternatives Bündnis an die Schalthebel der Macht. Obwohl formell auf die Duldung des INC angewiesen, vermochte es die United Front temporär, sowohl das langsam erstarkende rechte Lager als auch die abgewirtschaftete Kongresspartei auf Distanz zu halten. Eine nachhaltige Politik gelang dem Bündnis damals gleichwohl nicht. Gujral sorgte zwar außenpolitisch für etwas frischen Wind mit einer weniger arroganten Haltung gegenüber den wesentlich kleineren Nachbarn in der Region (was als sogenannte Gujral-Doktrin in die Annalen eingehen sollte), im Innern aber fehlte beiden Premiers letztlich die Durchsetzungskraft für entscheidende Weichenstellungen. Es fehlte schlicht die eigene Mehrheit, um wirklich frei agieren zu können. Doch immerhin konnten sich die Kräfte links der Mitte auf ein belastbares Bündnis verständigen. Das hatte durchaus Signalwirkung.

#### Kollektiv in der Krise

Während Premierminister Narendra Modi heute in seiner nunmehr zweiten Legislaturperiode weiterhin fest im Sattel sitzt, befindet sich die parteipolitische Opposition gegen die BJP, nüchtern betrachtet, kollektiv in der Krise. Das trifft auf den INC als nominell noch immer führende Kraft dieses Lagers ebenso zu wie auf die einst wenigstens in einigen Regionen sehr starke Linksfront und die meisten der größeren Regionalparteien, die ideologisch in klarer Gegnerschaft zu den Hindu-Fundamentalisten stehen und betont säkular und sozialdemokratisch bis liberal auftreten. Es gibt nur wenige Unionsstaaten, die sich nicht ebenfalls fest in der Hand der BJP (als allein regierende Partei oder als starker Koalitionspartner) befinden. Nahezu das gesamte Land ist safrangelb – die Farbe des hindunationalistischen Lagers - eingefärbt. Auch jüngste Regionalwahlen haben daran keine Änderung erkennen lassen. Zwar gibt es mittlerweile durchaus viele Wähler, die aufgrund gebrochener Versprechen von der BJP enttäuscht sind oder mit Verzögerung die Gefahr, die von der Partei und ihren Bündnisorganisationen für den Zusammenhalt des Landes ausgeht, erkannt haben. Doch der Gegenseite fehlt es offensichtlich an Strahlkraft, inhaltlichen Angeboten und teils auch am passenden Führungspersonal, um sich als attraktive Alternative in Szene zu setzen.

Die wohl traurigste Figur gibt dabei der INC ab. Die altehrwürdige Kongresspartei war die bestimmende politische Macht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und erlebte auch zwischen 2004 und 2014 noch einmal eine scheinbare Renaissance, kommt aber aus ihrem Dauertief seit dem endgültigen Machtverlust vor knapp sieben Jahren einfach nicht heraus. Die beiden Regierungsperioden unter dem Technokraten Manmohan Singh als Premier, der in vielen Punkten seine Anweisungen aus dem Hintergrund von INC-Parteichefin Sonia Gandhi erhielt, waren wenig glanzvoll. Zumal sie als zwar führende Kraft in der Vereinigten Volksallianz (UPA) auf die teils widerstreitenden Partikularinteressen und Forderungen ganz vieler Bündnispartner Rücksicht nehmen musste. Bei den Wahlen 2014 hatte der INC dann nur noch 44 Sitze in der Lok Sabha errungen – ein historisches Fiasko. Auch fünf Jahre später konnte das Ergebnis nur minimal aufgebessert werden. Bei nunmehr 52 Sitzen, nicht

٣

einmal ganz ein Zehntel der 543 Abgeordneten, liegt der Stimmenanteil fast unverändert knapp unterhalb der 20-Prozent-Marke.

Die Partei hatte seinerzeit versucht, mit Rahul Gandhi als Spitzenkandidat den lange überfälligen Generationswechsel zu vollziehen. Der jüngste Spross des mit Unterbrechungen immer wieder dominierenden Familienclans (angefangen mit dem von 1947 bis zu seinem Tod 1964 regierenden Jawaharlal Nehru) musste am Ende aber sein Scheitern eingestehen. Der Rücktritt Rahuls als Oppositionsführer war für sich genommen ein ehrbarer, konsequenter Schritt – stürzte die Partei aber noch tiefer in die Krise. Übergangsweise übernahm abermals seine Mutter Sonia Gandhi das Steuer. Die Schwiegertochter von Indira Gandhi (Regierungschefin von 1966 bis 1977 und von 1980 bis zu ihrer Ermordung 1984) – Sonia war die Frau des 1991 bei einem Attentat umgekommenen Rajiv Gandhi (Premier von 1984 bis 1989) – ist als gebürtige Italienerin auch jenseits expliziter Anfeindungen gerade seitens der BJP selbst parteiintern nie als »vollwertige« Inderin akzeptiert worden. Was dem INC heute zu fehlen scheint, ist eine neue charismatische Führungspersönlichkeit. Aus dem Nehru-Gandhi-Clan ist allerdings keine Lichtgestalt zu erwarten, und auch sonst gibt es niemanden, der als Alternative in Erscheinung getreten wäre. Zudem mangelt es jenseits unmittelbarer Kritik an der Regierungspolitik an einem echten inhaltlichen Gegenentwurf.

#### **Linkes Dilemma**

Kaum weniger krisengeplagt als die Kongresspartei zeigt sich die indische Linksfront, angeführt von den beiden kommunistischen Parteien CPI (M) und CPI. 1964 hatten sich die Wege entsprechend der jeweiligen Loyalität zu Moskau bzw. Bejing zunächst getrennt, später fanden die maßgeblichen Folgeorganisationen der einst einheitlichen Kommunistischen Partei Indiens als Bündnispartner wieder zusammen. Der regelrechte Absturz begann vor zehn Jahren mit dem Machtverlust im Unionsstaat Westbengalen - mehr als drei Jahrzehnte die »rote Bastion« des Landes, wo die Linke verlässlich Wahlsieg um Wahlsieg einfuhr und eine so imposante Stabilität sicherte, wie es sie sonst nirgendwo auf dem Subkontinent gab, auf dem die meisten Regierungen sonst nicht einmal eine volle Legislaturperiode überdauern. Auf stolze fünf Amtszeiten zwischen 1977 und 2000 brachte es allein der Veteran Jyoti Basu (1914–2010), der es 1996/97 als einer der im Gespräch befindlichen Kandidaten beinahe bis an Spitze der nationalen Regierung in Delhi geschafft hätte. Unter seinem glücklosen Nachfolger Buddhadeb Bhattacharya jedoch, der immerhin noch zwei Amtszeiten zusammenbrachte. verfolgte die westbengalische CPI (M) einen industriefreundlichen Kurs, was schließlich in eine dramatische Wahlschlappe mündete. Vor zwei Jahren verlor die Linksfront auch noch den kleinen Nordoststaat Tripura, den sie von 1978 bis 1988 und von 1993 bis 2018 dominiert hatte, ausgerechnet an die BJP.

Einzig verbliebene Hochburg ist damit Kerala im Landessüden, wo sich die Linke und der INC mit ihren jeweiligen Bündnispartnern seit Jahrzehnten regelmäßig an der Macht abwechseln. In dem Unionsstaat, der 1959 die erste kommunistische Regionalregierung Indiens hervorbrachte und bei der Alphabetisierung frühzeitig vorn lag (ebenso mit einem vorbildlich ausgebauten Gesundheitswesen, wie sich jetzt in der Coronakrise zumindest anfangs zeigte), konnte der Erosionsprozess der indischen Linken zwar abgebremst werden. Aber selbst dort hat sich die zuvor kaum existente BJP inzwischen als lokale dritte Kraft etablieren können.

Es gab Zeiten, da war auch die Linksfront auf nationaler Ebene in der Lok Sabha mit bis zu 59 Sitzen (2004–2009) eine nennenswerte Kraft. Die erwähnten alternativen Regierungen unter Deve Gowda (96/97) und Gujral (97/98) wären gerade ohne die starke linke Säule im Bündnis unmöglich gewesen. Heute halten sechs verbliebene Abgeordnete in der Hauptstadt – die Zahl entspricht einer nochmaligen Halbierung der Mandate seit der Legislatur von 2014 bis 2019 – auf fast verlorenem Posten die Stellung. Zwar haben die Parteien CPI (M), CPI und gerade die dort starke CPI (ML) voriges Jahr bei der

Regionalwahl in nördlichen Bihar einen höchst achtbaren Beitrag zum Gesamtergebnis der breiten Oppositionsallianz beigesteuert, die indes entgegen teils anderer Prognosen keinen Machtwechsel in der Regionalhauptstadt Patna erringen konnte. Solche Teilerfolge in jüngster Zeit geben zwar Mut, sie können aber kaum kompensieren, dass die Linke gerade im bevölkerungsreichen Westbengalen noch nicht wieder an die einstige Stärke anknüpfen kann. Zudem fehlt es heute sogar CPI (M) und CPI an Führungspersönlichkeiten, die auf nationaler Ebene Bekanntheit und Zugkraft haben.

## Regionale Partikularinteressen

Das sozialdemokratisch-linksliberale Lager jenseits des INC, seit jeher tragende Säule einer dritten Front, ist über die Jahre in immer mehr regionale Splitterparteien zerfallen, die sich häufig neu gruppieren und ausrichten. Die Janata Dal (JD), die vor rund einem Vierteljahrhundert mit Deve Gowda und Gujral immerhin kurzzeitig zwei Premierminister stellte, spaltete sich später auf: Eines dieser Zerfallsprodukte ist ein relativ treuer Bündnispartner der BJP, der andere trägt mit seiner einzig nennenswerten Basis im südwestlichen Karnataka einen regionalen Kampf mit den Hindu-Nationalisten und dem INC aus. Mit einer starken Gefolgschaft gerade unter der muslimischen Minderheit klar auf Gegnerschaft zur BJP getrimmt ist auch die im bevölkerungsreichsten Uttar Pradesh einflussreiche Samajwadi Party (SP). Allerdings fiel auch dieser nördliche Bundesstaat inzwischen an die BJP und wird seit 2017 von dem radikalen Hindu-Mönch Yogi Adityanath als Chief Minister regiert. Selbst bei Nachwahlen im November 2019 konnte die SP nur einen von sieben Sitzen erringen, sechs fielen an die BJP, die parallel ebenso in anderen Staaten wie Madhya Pradesh triumphieren konnte.

Eines der ganz wenigen verbliebenen säkular-liberalen Bollwerke auf der politischen Landkarte Indiens ist somit die semiautonome Hauptstadt Delhi. Dort hat die von früheren Antikorruptionsaktivisten gegründete Aam Aadmi Party (Partei des einfachen Mannes/AAP) ihre wichtigste Basis. Regierungschef Arvind Kejriwal hat sich im Kompetenzstreit um die Oberhoheit über die örtliche Polizei einmal mehr als ernsthafter Gegner von Premier Modi in Szene setzen können und gibt derzeit mit seiner Regierungsmannschaft im Krisenmanagement der Pandemie eine durchaus gute Figur ab. Jenseits des Stadtstaats hat die einst hoffnungsvoll gestartete AAP trotz ernsthafter Versuche aber noch nirgendwo nennenswerte Wahlerfolge erringen können. Doch ungeachtet kleinerer Turbulenzen ist die Partei neben der Linksfront eine der wenigen als authentisch wahrgenommenen Kräfte, die nicht durch größere Skandale oder spalterische Personalstreitigkeiten belastet sind.

Im Südosten des Landes halten sich ebenfalls noch starke Regionalparteien, die seit Jahrzehnten eine feste Größe sind – die Telugu Desam Party (TDP) von N. Chandrababu Naidu in Andhra Pradesh sowie die beiden großen Tamilenpartei DMK und AIADMK in Tamil Nadu. Alle drei sind aber trotz grundsätzlich liberaler Basis ziemlich unsichere Kantonisten als Partner einer progressiven Allianz, waren sämtlich schon mindestens einmal temporär auch mit der BJP im Bunde. Das ist das Grundproblem bei den meisten indischen Regionalparteien: Stimmt wenigstens auf kurze Sicht der Preis, verkaufen sie ganz schnell ihre Überzeugungen, um notfalls selbst den Hindu-Nationalisten auf nationaler Ebene als Steigbügelhalter zur Macht zu verhelfen. Heute allerdings wäre die BJP theoretisch sogar allein stark genug zum Regieren, früher war sie explizit auf solche Mehrheitsbeschaffer in der Lok Sabha angewiesen.

### **Bevorstehende Regionalwahlen**

Klar ist, die Bauernproteste haben ebenso wie gewerkschaftliche Großaktionen zuletzt eine enorme Vorbildwirkung entfaltet. Gleichwohl können sich die parteipolitischen Gegenkräfte zur BJP nicht dauerhaft darauf ausruhen, dass Basisbewegungen auf der Straße ihnen die Arbeit abnehmen. Bis zu den nächsten regulären Wahlen auf nationaler Ebene sind es noch gut drei Jahre, und zumindest momentan sitzt Modi fest im Sattel, wenngleich ihm sein

Nimbus als Heilsbringer und Schöpfer eines neuen Wirtschaftswunders abhanden gekommen ist. Allerdings stehen Regionalwahlen an: Im Mai wird über die Zusammensetzung der Regionalparlamente in den beiden Südstaaten Kerala und Tamil Nadu sowie in Westbengalen abgestimmt. Während es in Kerala noch immer kaum zur Machtübernahme durch die BJP reichen wird, bleibt doch die Frage, ob sie ihre Position dort weiter wird festigen können oder die etablierten Bündnisse (Linksallianz und INC-dominierte Front) in der Lage sind, verlorenen Einfluss zurückzuerobern. In Tamil Nadu wiederum kommt alles auf das Abschneiden der beiden großen Regionalparteien DMK und AIADMK an.

Größeres politisches Gewicht besitzen die Wahlen in Westbengalen. Dort ist vorerst alles offen, auch was die Bildung von entsprechenden Allianzen betrifft. Die dort einst dominierende Linksfront hat sich zuletzt ein wenig konsolidiert, ohne dass ernsthaft von Wiederaufschwung die Rede sein könnte. Der INC ist auch in diesem Unionsstaat nur noch ein Schatten seiner selbst und könnte höchstens als kleinerer Partner in einem Bündnis bescheidene Erfolge beisteuern. Sein Niedergang begann mit der damaligen Abspaltung des lokalen Flügels, der heute als Trinamool Congress (TMC) unter Chief Minister Mamata Banerjee die Regionalregierung in Kolkata stellt. Zeitweise war auch der TMC schon mit der BJP auf nationaler Ebene verbündet, hat sich zuletzt aber zu einem gewichtigen Kritiker der Hindu-Nationalisten entwickelt. Nicht ohne Bedeutung ist, dass in Westbengalen ein vergleichsweise hoher Anteil Muslime lebt und die BJP zuletzt wieder verstärkt ihren Hindu-Chauvinismus auslebte. Selbst ein Zusammengehen der erklärten Antikommunistin Mamata (die nicht zuletzt wegen eines angeblichen »Kuschelkurses« mit der Linksfront mit der einstigen Mutterpartei INC brach) mit der Partei CPI (M) und anderen linken Kräften auf Basis gemeinsamer Gegnerschaft zu Modi schien zuletzt laut einigen Meldungen nicht ganz ausgeschlossen – obwohl es schwer vorstellbar wäre. Schließlich sind Kader von Linksfront und TMC früher regelmäßig buchstäblich übereinander hergefallen, wobei immer wieder Menschen starben. So etwas wirkt nach und lässt jede formelle Kooperation extrem unrealistisch erscheinen. Bündnisfragen sind indes nur das eine - vom Vorbild der Straße gilt es daneben, Vision, Energie und Hartnäckigkeit aufzugreifen, um langfristige Ziele anzustreben. Denn auch der Idealfall – drei Siege der Opposition bei den Regionalwahlenwäre nur ein Etappenerfolg.